



Innenausschuss

44. Sitzung (öffentlich)

26. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das
Jahr 2018**

3

Vorlage 17/2271

und

**Bericht an den Innenausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4
Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) über das
Jahr 2018**

Vorlage 17/1889

und

Gamescom 2019 – Verfassungsschutz stellt YouTube-Kanäle vor

Bericht
der Landesregierung

und

Demonstration am 8. September in Mönchengladbach und Mischszenen von Rockern, Hooligans und Rechtsextremen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2464

* * *

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer Sitzung des Innenausschusses. Ich begrüße die Vertreter der Landesregierung, Herrn Minister Herbert Reul, Herrn Staatssekretär Jürgen Mathies und Herrn Burkhard Freier, Leiter des Verfassungsschutzes.

Ich darf Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ganz herzlich zur 44. Sitzung des Innenausschusses begrüßen, ebenso selbstverständlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung E 17/922 vom 20. September dieses Jahres. Ich gehe vom Einvernehmen mit der Tagesordnung aus.

Ich darf allen Fraktionen dafür danken, dass wir heute eine eigenständige Sitzung zum Thema „Verfassungsschutz“ durchführen können. Der Ausschuss hatte sich darauf verständigt, dem Thema „Verfassungsschutz“ diese separate Sitzung zu widmen, um ihm die nötige Zeit einzuräumen.

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018

Vorlage 17/2271

und

Bericht an den Innenausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) über das Jahr 2018

Vorlage 17/1889

und

Gamescom 2019 – Verfassungsschutz stellt YouTube-Kanäle vor

Bericht
der Landesregierung

und

Demonstration am 8. September in Mönchengladbach und Mischszenen von Rockern, Hooligans und Rechtsextremen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2464

Minister Herbert Reul (IM): Ich gehe davon aus, dass wir die Punkte einzeln behandeln, weil man zu jedem Punkt etwas sagen muss. Ich kann auch alles nacheinander berichten, aber wahrscheinlich ist eine Trennung klüger.

Das Erste ist die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes: Freiheit und Demokratie sind keine Geschenke, die vom Himmel gefallen sind. Es sind hart erkämpfte Errungenschaften, die verteidigt werden müssen. Sie sind in ständiger Gefahr, untergraben zu werden. Gerade in diesen Zeiten, in denen wir insbesondere im Bereich Rechtsextremismus bestimmte Bestregungen haben, gilt es, offensiv Positionen und Haltungen zu propagieren, um Freiheit und Demokratie zu unterstützen. Es kommt in diesen Zeiten auf die Arbeit des Verfassungsschutzes an. Er hat wieder eine stärkere Bedeutung bekommen. Deswegen bedanke ich mich für die Gelegenheit, heute hier vortragen zu können.

Mit dem Verfassungsschutzbericht legt der Verfassungsschutz jährlich Ihnen und der Öffentlichkeit wesentliche Entwicklungen verfassungsfeindlicher Bestrebungen dar. Der Bericht ist das Produkt der engagierten Arbeit von ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 6 meines Hauses und basiert auf der Auswertung und Bewertung offen und verdeckt gewonnener Informationen zum politischen Extremismus und zur Spionageabwehr. Darüber hinaus informiert er umfangreich über die zahlreichen präventiven Aktivitäten der Behörde.

Zwei Daten sind besonders wichtig: Erstens ist es eine sehr große Behörde, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Zweitens hat sie einen starken präventiven Teil.

Es gab in 2018 zwar insgesamt weniger politisch motivierte Kriminalität, jedoch nahm die Zahl der Gewaltdelikte deutlich zu. Hervorzuheben ist die hohe Steigerung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität des Linksextremismus von 191 Gewaltstraftaten in 2017 auf 447 Gewaltstraftaten in 2018. Logischerweise hat das viel mit dem Hambacher Forst zu tun, weil da ein Ereignis war. Dabei richten sich knapp 80 % der Gewaltdelikte links gegen Polizeivollzugsbeamte. Hier wird deutlich, dass der autonome Linksextremismus das staatliche Gewaltmonopol nicht nur ideologisch herausfordert.

Gleichermaßen besorgniserregend: Die Anzahl sowohl der antisemitischen Straftaten insgesamt als auch der antisemitischen Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr ist angestiegen.

Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Berichtszeitraum ist durch zwei Elemente gekennzeichnet, nämlich Radikalisierung und Entgrenzung. Die Radikalisierung zeigt sich u. a. darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Dabei besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten. Sie erinnern sich an den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten. Daran ist diese Gefahr jedem noch mal deutlich geworden.

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, hier zum Beispiel die Identitäre Bewegung, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremis-

mus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach rechts zu verschieben und damit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu machen. Was da passiert, ist im ersten Moment weniger gefährlich, aber wahrscheinlich auf Dauer viel gefährlicher. Diese Gruppen wollen die Trennschärfe zum Rechtsextremismus aufweichen, also entgrenzen.

Von Rechtsextremisten gesteuerte oder beeinflusste Mischszenen wie zum Beispiel in jüngster Zeit in Mönchengladbach bringen neue Allianzen auf die Straße. Das ist ein Punkt, den wir sehr ernst nehmen müssen und der in dieser Form neu ist. Hooligans, Rocker und „besorgte Bürger“ wollen suggerieren, der Staat versage in der Migrationspolitik und bei der Bekämpfung der Ausländerkriminalität. Häufig uniform auftretende gewaltaffine Teilnehmer wollen einschüchtern und Gebietsansprüche erheben.

Im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus sind Reichsbürger ein weiteres Thema. Sie erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen, die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. Bislang konnte der Verfassungsschutz bei uns in Nordrhein-Westfalen 3.200 Anhänger identifizieren. Während die Zahlen von 2016 bis 2018 angestiegen sind, führte das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden und der aufmerksamen kommunalen Behörden zu einer Eindämmung des Phänomens. Auch hier blieben wir aber weiterhin dicht dran.

Prägend für den Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome linksextremistische Szene. Sie agiert in NRW und bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und gegen andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich. Die dort agierende gewaltorientierte linksextremistische Szene verfügt gleichwohl nach wie vor über ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit an das demokratische ökologische Protestspektrum. – Diesen Satz habe ich schon mal bei der Vorstellung vorgetragen. Einige, die im Bereich Ökologie unterwegs sind, fühlen sich dann angegriffen. Das ist damit überhaupt nicht gemeint. Das ist nur die Beschreibung, die ich eben beim Rechtsextremismus auch vorgenommen habe: Es findet eine Entgrenzung statt und deswegen muss man es unbedingt ernst nehmen.

Zunehmend wird deutlich, dass Ziel der gewalttätigen Besetzer immer weniger der Umweltschutz als vielmehr die Schaffung autonomer Gebiete und die gewaltsame Überwindung des kapitalistischen Systems ist. Ebenso ist eine wachsende internationale Vernetzung der Szene festzustellen.

Nach wie vor spielen die Auseinandersetzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand von Herrn Öcalan eine wesentliche Rolle für das Aktionsverhalten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihr nahestehender Organisationen.

Generell gelingt es den linksextremistischen und PPK-nahen Organisationen ebenso wie den nationalistischen und rechtsextremistischen türkischen Organisationen, sowohl mediale Aufmerksamkeit als auch eine Mobilisierung ihrer Zielgruppen zu erreichen. Rechte und linke türkische Gruppierungen polarisieren dabei und scheuen beim Aufeinandertreffen auch körperliche Auseinandersetzungen nicht.

Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Konfrontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen davon abhängig, wie konfrontativ die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden. Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.

Vom dschihadistischen Salafismus geht nach wie vor eine ernstzunehmende terroristische Gefahr aus. Auch nach der militärischen Niederlage des sogenannten IS besteht die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland fort. Insbesondere dschihadistisch motivierte oder instruierte Einzeltäter ohne feste Organisationsbindung stellen ein hohes Risikopotenzial dar. Auch von den Rückkehrern oder Rückkehrerinnen aus den Kampfgebieten, unter denen vorrangig Frauen und Kinder sind, gehen Gefahren aus, weil sie kampferprobt und waffenerfahren sein können oder – und das gilt auch für Frauen – die Szene weiter ideologisieren oder radikalisieren.

Im Bereich des politischen Salafismus zeichnen sich Veränderungen ab. Vereinsverbote und strafrechtliche Maßnahmen haben die öffentliche Straßenmissionierung zum Erliegen gebracht; die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene hat sich abgeschwächt. Die Ausbildung neuer Aktionsformen und Organisationsstrukturen ist zu erwarten. Im Berichtsjahr 2018 sind Hilfsorganisationen aus dem extremistisch-salafistischen Spektrum, die sogenannte Gefangenenhilfe und virtuelle Netzwerke aktiv und binden weiterhin die Szene.

Traditioneller Islamismus drängt zunehmend in die Zivilgesellschaft. Das ist noch eine Gefahr für unsere Demokratie, die wir auf keinen Fall unterschätzen dürfen. Islamistische Organisationen und Netzwerke, insbesondere aus dem Spektrum der Muslimbruderschaft, versuchen, sich als vermeintlich unproblematische Alternative zum extremistischen Salafismus in der Öffentlichkeit zu platzieren und somit gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben.

Das Internet hat sich um fest etablierten Operationsraum für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Das Netz bietet dabei vielfältige Möglichkeiten von der klassischen Spionage über die Einflussnahme auf politische Systeme bis zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotageaktionen.

Das neue „Lagebild Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen“, das der Verfassungsschutz mit anderen Institutionen der „Sicherheitspartnerschaft NRW“ erstellt hat, soll zukünftig kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, ihr eigenes Schutzniveau besser einzuschätzen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Es soll zudem dabei helfen, den Wirtschaftsschutz des Verfassungsschutzes gezielter auszurichten. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen ist das ein unterschätzter Bereich. Die großen Unternehmen haben das längst auf dem Schirm.

Der Verfassungsschutz hat seine Präventionsmaßnahmen nochmals erweitert. Die Vernetzung mit Akteuren in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft wird weiter erhöht.

Das „Wegweiser“-Programm ist ja bekannt. Es arbeitet von Beginn an mit einem breiten kommunalen Netzwerk zusammen. Bis Ende des letzten Jahres wurden an 18 Standorten in NRW über 800 junge Menschen individuell betreut.

Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ zum Rechtsextremismus und das „Aussteigerprogramm Islamismus (API)“ werden weiter stark nachgefragt. Im September des letzten Jahres haben wir dann das Aussteigerprogramm „left“ für Szeneangehörige des Links- und auslandsbezogenen Extremismus gestartet. Dort verzeichnen wir seit Beginn ein wachsendes Fallaufkommen. Damit bietet der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen erstmalig für restlos alle Phänomenbereiche professionelle Hilfen zum Ausstieg an.

Mit der interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus wurde unter Einbeziehung der Wissenschaft sowie von Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft und Praxis ein dauerhaftes Netzwerk geschaffen, das ressortübergreifend und nachhaltig Programme und Projekte zur Salafismusprävention umsetzt.

Ich habe den Rechtsextremismus am Anfang nur beschrieben und darauf hingewiesen, dass sich gerade in jüngster Zeit wahnsinnig viel entwickelt. Wir werden zu dem Thema in absehbarer Zeit neben Einzelveranstaltungen – eine war jetzt zum Thema „Antisemitismus“ mit der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf – auch eine größere Veranstaltung machen, um den Rechtsextremismus stärker von wissenschaftlicher Seite in den Blick zu nehmen.

Marc Lürbke (FDP): Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Herr Minister, für die Informationen. Ein paar Nachfragen habe ich vonseiten der FDP noch. Ich versuche, es kurz und knapp zu machen und fange mit dem Rechtsextremismus an. Es ist klar, dass für Rechtsextremismus kein Platz in Nordrhein-Westfalen sein darf. Wenn man sich die Zahlen anschaut, ist das Personenpotenzial im Rechtsextremismus seit 2010 deutlich von 4.000 gesunken. Aber es sind laut Bericht aktuell immer noch 3.255 Personen zu viel.

Herr Minister, Sie haben in Ihrem Bericht etwas zum Mordfall Walter Lübcke gesagt. Was hat dieser Mordfall eigentlich für die Arbeit des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen verändert? Vielleicht kann man das darstellen.

Die zweite Frage zielt auf die Reichsbürger ab. Die Entwicklung ist natürlich besorgniserregend. Klar schaut man jetzt deutlicher hin. Dadurch sind wahrscheinlich auch die Steigerungsraten zu erklären. Aber ich frage mich natürlich schon, was wir vonseiten des Parlaments machen können, um dieser Entwicklung noch stärker entgegenzuwirken. Vielleicht gibt es Ideen dazu.

Sie haben gesagt, es gibt Aussteigerprogramme für alle Bereiche. Für Reichsbürger ist das wahrscheinlich schwierig. Das wird es nicht geben. Aber vielleicht gibt es auch für diese spezielle Klientel irgendwelche Ansätze.

Herr Freier, ich frage es jedes Mal: Wie ist der aktuelle Stand der Entwaffnung von Reichsbürgern?

Wir springen jetzt von rechts nach links: Uns treibt die krass gestiegene Anzahl der Gewaltdelikte durch Linksextremisten um. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl um 134 % von 191 Gewaltstraftaten auf 447 Gewaltstraftaten gestiegen. Das finde ich schon erschreckend, vor allen Dingen, wenn man sich anschaut, gegen wen sich die Gewalt richtet. Wir haben es mal durchgerechnet. 78 % sind gegen Einsatzkräfte der Polizei gerichtet. Das sollte uns als Ausschuss, der eine gewisse Verantwortung für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten trägt, Anlass geben, das stärker in den Blick zu nehmen und zu überlegen, wie wir einen noch besseren Schutz für unsere Einsatzkräfte gewährleisten können. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir genug dazu beitragen und ob alle im Raum es klar genug verurteilen, wenn unsere Einsatzkräfte angegriffen werden.

Mein letzter Punkt betrifft den Hambacher Forst. Vielen Dank für die sehr, sehr ausführliche Beschreibung im Bericht. In dem Zusammenhang sind mir die MLPD und die Interventionistische Linke in den Blick gekommen. Die sind mehrfach im Bericht genannt und ausführlich beschrieben.

Ich will gar nicht vorlesen, was da alles steht, sondern nur noch mal an alle den Appell richten: Wenn klar im Bericht 2018 steht, dass die MLPD wächst, dass sie sich an Demonstrationen zu verschiedensten Themen beteiligt, dass sie ziemlich viele Spendengelder bekommt, dass eine Entgrenzung des Linksextremismus durch Instrumentalisierung bürgerlicher Themen wie dem Hambacher Forst zu beobachten ist, dann erwarte ich wirklich von allen Demokraten hier im Raum, dass wir uns klar dagegen stellen. Ich habe jetzt die MLPD genannt. Das gleiche gilt im Grunde für die Interventionistische Linke oder „Ende Gelände“. Wir dürfen auch nicht gemeinsam mit diesen Leuten marschieren und demonstrieren. Das sind klare Verfassungsfeinde. Wenn sie sich beteiligen und beispielsweise „Fridays For Future“ in irgendeiner Form unterwandern oder dort aktiv werden, müssen wir das offen zum Thema machen, um die Gefahren deutlich zu machen.

Hartmut Ganzke (SPD): Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe gemerkt – und das finde ich sehr gut –, Sie haben mit den Worten begonnen, mit denen Sie auch in Ihrem Vorwort zum Verfassungsschutzbericht angefangen haben, nämlich mit dem Satz:

„Freiheit und Demokratie sind keine Geschenke, die vom Himmel gefallen sind. Es sind hart erkämpfte Errungenschaften, die verteidigt werden müssen.“

Damit stimme ich zu 100 % überein. Insoweit will ich die zweite hundertprozentige Übereinstimmung auch noch mal erwähnen. Sie haben am Ende Ihres Vorwortes zum Verfassungsschutzbericht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gedankt, weil sie mit ihrer Arbeit unsere Demokratie schützen und damit direkt für Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sorgen und dafür verantwortlich sind. Dem kann ich mich hundertprozentig anschließen und seitens der SPD-Fraktion sagen, das

Amt für Verfassungsschutz für Nordrhein-Westfalen ist bei Herrn Freier und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich in starken Händen. Das ist eine Aussage, die wir als Demokraten gemeinsam tätigen sollten.

Ich habe eine konkrete Nachfrage zu dem, was Sie angesprochen haben, Herr Minister. Sie haben unserer Ansicht nach richtigerweise darauf hingewiesen, dass im rechtsextremen Raum, aber auch im radikalen islamistischen Raum zunehmend versucht wird, in die Zivilgesellschaft zu kommen, gesellschaftsfähig zu werden und die Stigmatisierung aufzubrechen. Das ist unserer Ansicht nach wirklich eine Sache, die auch in diesem Verfassungsschutzbericht zum Vorschein kommt. Wie sehen die Bestrebungen im Haus konkret aus und welche Gegenmaßnahmen in dem Bereich hält das Amt für Verfassungsschutz hier für erforderlich? Wie kann man direkt darauf reagieren, wenn Extreme versuchen, gesellschaftsfähig zu werden und sich irgendwelche anderen Mäntelchen umzuhängen, die sie überhaupt nicht anziehen dürften, weil die Geisteshaltung immer noch eine andere ist?

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern an das anschließen, was Kollege Lürbke eben sagte. Die Gewaltkriminalität im linksextremistischen Bereich ist extrem gestiegen. Das haben Sie eben dargestellt. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Anzahl der Delikte mehr als verdoppelt. Die Anzahl der Personen hat sich um 10 % reduziert. Geht das nach Ihrer Bewertung auf eine zunehmende Radikalisierung im linksextremistischen Bereich zurück? Ist das eine Entwicklung, die Sie über die zehn Jahre beobachtet haben, oder hat das Phänomen sprunghaft von 2017 zu 2018 nachhaltig und extremer zugenommen als in der Zehn-Jahres-Entwicklung?

Eben ist in einem Halbsatz angeklungen, dass sich die Extremisten immer mehr an die bürgerliche Mitte herantrauen und vor allen Dingen auch daruntermischen. Das gilt insbesondere bei Demonstrationen und anderen Events. Diese Annäherung stellt wahrscheinlich eine große Herausforderung gerade für die Sicherheitsbehörden dar. Insofern interessiert uns, ob der Verfassungsschutz hier in Nordrhein-Westfalen damit bereits Erfahrungen machen musste. Gibt es Erkenntnisse dazu? Wenn ja, wie gestalten sich diese? Wie geht der Verfassungsschutz damit um?

Ich weiß nicht, ob ich etwas zum Antisemitismus übersehen habe. In der Zehn-Jahres-Übersicht der Straf- und Gewalttaten reicht die Tabelle von 2009 bis 2016. Ich weiß nicht, ob ich die Zahlen für 2017 und 2018 auf die Schnelle überhört habe. Vielleicht können Sie noch etwas zu 2017 und 2018 sagen. Diese Zahlen gehen aus Seite 23 des Berichts nicht hervor.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Diskutieren wir den Bericht zu den Mischszenen danach, sodass ich jetzt nur die Fragen zum Verfassungsschutzbericht stelle? – Okay.

Zum Phänomenbereich Rechtsextremismus möchte ich auf die Reichsbürger zu sprechen kommen. Wir haben uns die Zahlen noch mal angeschaut. Es gibt einen Anstieg von 2017 zu 2018. Dabei stellt sich die Frage, ob das nur an der Erhellung des Dunkelfeldes liegt oder ob es eine zunehmende Personenzahl gibt.

Auf Seite 60 des Berichts wird in der Einleitung zum Kapitel „Rechtsextremismus“ Bezug auf Kampfsport genommen. Darüber haben wir schon im Ausschuss diskutiert. Auch die Bewaffnung wird angesprochen. Es gibt Aufrufe zur Bewaffnung. Haben diese Aufrufe tatsächlich Erfolg? Führt das wirklich zu einer zusätzlichen Bewaffnung? Was nehmen Sie im Rechtsextremismus wahr?

Den NSU haben wir hier im Landtag sehr ausführlich im Untersuchungsausschuss behandelt. Er war immer wieder Thema. Spannend am Verfassungsschutzbericht ist, dass an mindestens zwei Stellen Bezug auf den NSU durch die rechtsextreme Szene genommen wird, einmal durch die NPD und einmal durch das Urteil zu Tschäpe. Gibt es noch weitere Reaktionen aus der Szene oder eine Bezugnahme auf die Taten des NSU?

Ich springe ein bisschen durch die Themen, es geht mir aber immer noch um den Themenkomplex „Rechtsextremismus“. Wir werden das Thema „YouTube-Kanäle“ gleich noch mal in Bezug auf das Thema „Islamismus“ haben. Ich finde es spannend, YouTube im Kontext Rechtsextremismus anzusehen. In dem Bericht wird dargestellt, dass es neue Kanäle wie dieses „Ruhrpott Roulette“ oder auch „Der Dritte Blickwinkel“ gibt. Wie sehr werden diese Kanäle wahrgenommen? Wie ist die Reichweite?

Der „Dritte Weg“ war hier schon oft Thema. Im März dieses Jahres gab es eine Demonstration in Mettmann, die relativ groß und für die Zivilgesellschaft überraschend war. Der „Dritte Weg“ hat gesagt, es gibt einen neuen Stützpunkt „Rheinland“. Gibt es diesen Stützpunkt auch nach Ihrer Wahrnehmung? Wie stellt er sich von der Mitgliederstruktur, der Personenanzahl usw. dar?

Es gab im März dieses Jahres diese Kampfsportveranstaltung im Ruhrgebiet. Das war ja keine ganz große. Sie war nicht vergleichbar mit Ostritz. Ich glaube, sie haben es „Seminar“ genannt. Gab es noch weitere solcher Seminare, die einfach nicht öffentlich bekannt geworden sind?

Ich finde die Beobachtung ganz spannend, dass es verschiedenen Strategien gibt, um solche Veranstaltungen durchzuführen, entweder klandestin oder als politische Kundgebung angemeldet. Das ganze Thema kennen wir aus Thüringen. Welche Strategie wird aus Ihrer Sicht hier in Nordrhein-Westfalen angewandt? In Hamm machen Neonazis ganz häufig in ihrer eigenen Immobilie diese Konzerte. Unter welchem Label läuft das? Wie ist das rechtlich zu bewerten? Sind das Kundgebungen? Wie deklarieren sie das?

Auf Seite 114 wird erwähnt, dass es personelle Überschneidungen zwischen der Identitären Bewegung und einem Akteur der AfD gibt. Auch in dem Bericht, den Sie uns zur heutigen Sitzung zu rechten Bürgerwehren gegeben haben, steht, dass es Überschneidungen gibt und Mitglieder der AfD an diesen Versammlungen teilgenommen haben. Deshalb frage ich, welche weiteren personellen Verbindungen zwischen der AfD und der Identitären Bewegung oder dieser Bürgerwehren es in Nordrhein-Westfalen gibt. Wie schätzen Sie das ein?

Ich komme zum Thema „Linksextremismus“. Dazu habe ich nur eine Frage. Ich habe natürlich auch die Sachen zu „Ende Gelände“ und Hambacher ... Ich spreche es jetzt nicht aus. Alle wissen, was ich meine.

(Zuruf: Hambach!)

– Hambach, genau. Dieses Stück mit vielen Bäumen in der Nähe von Düren usw. Ich muss das jetzt nicht lokalisieren, glaube ich. Es ist am Tagebau Hambach.

(Zuruf)

– Wir können später noch mal über „Wald“ oder „Forst“ diskutieren. Sie wissen, was ich meine.

Ich habe das sehr ausführlich gelesen. Es hat mich interessiert, es nachzulesen. Es gab letztes Jahr eine Diskussion, weil viele Personen aus dem Ausland in den Hambacher Wald reisen, um die Baumbesetzer zu unterstützen. Wie viele Ausländer waren das? Das interessiert mich. Das wurde immer als Drohkulisse dargestellt. Dazu findet sich aber nichts in dem Bericht. Wie viele Personen aus dem internationalen Bereich sind dafür nach Nordrhein-Westfalen gekommen?

Ich habe noch zwei Fragen zum Thema „Islamismus“. Eine Frage betrifft den Verein ANSA International. Dazu gab es im April dieses Jahres eine große Razzia. Die Frage ist, ob es schon Ergebnisse dieser Durchsuchungen gibt. Ich weiß, es steht nicht im Bericht 2018, weil das in diesem Jahr war. Aber es wäre gut, wenn Sie was dazu sagen könnten.

Auf Seite 248 schreiben Sie über die islamistische Organisation Hizb ut-Tahrir, die über soziale Medien versucht, junge Musliminnen und Muslime mit Themen zu radikalisieren – das Kopftuchthema wurde genannt, glaube ich –, die diese Jugendliche vielleicht selbst betreffen. Glauben Sie, dass diese Strategie aufgeht? Wie wird das rezipiert? Wie ist die Reichweite solcher Sachen?

Helmut Seifen (AfD): Auch ich möchte hier als Vertreter der AfD noch mal ausdrücklich die Arbeit der Verfassungsschützer loben und darauf hinweisen, wie wichtig Verfassungsschutz ist. Das war er immer schon, gilt aber gerade in diesen Zeiten. Ich möchte hervorheben, dass sich gerade die AfD aus Sorge darum gegründet hat, dass die Verfassung in unserem Land nicht mehr so eingehalten wird wie wir es alle wünschen. Nichtsdestotrotz muss sich auch der Verfassungsschutz natürlich der parlamentarischen Kontrolle stellen. Deswegen bitte ich, meine Fragen so einzuordnen.

Auf den Seiten 61, 158 und 216 führen Sie Radikalisierungstendenzen von Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus an. Bei der Beschreibung hat sich zumindest mir aber der Eindruck vertieft, dass Sie den Begriff „Radikalisierung“ für unterschiedliche Entwicklungen verwenden und dazu noch unterschiedliche Entgrenzungsstrategien beschreiben.

Bei den Islamisten beschreiben Sie eine Form der Missionierung zur Bewusstseinsveränderung Einzelner mit dem Ziel, dass ein Bewusstseinswandel innerhalb der Gesellschaft vonstattengehen soll, hin zu einer islamistischen Vorstellung, die von weiten Teilen der Gesellschaft getragen wird. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung, die Sie hier zu Recht anführen.

Bei den linksextremistischen Radikalisierungstendenzen beschreiben Sie Gewaltanwendungen, zum Teil brutale Gewaltanwendung. Der Hambacher Forst wird als Beispiel erwähnt. Dort kommt es zu lebensgefährlichen Angriffen auf Personen durch Sabotage.

Bei den Rechtsextremisten habe ich den Eindruck, dass es mehr um – das haben Sie auch gerade in Ihrem Vortrag gesagt, Herr Innenminister – die Angst geht, dass durch vorbereitende Aktionen, also im Grunde genommen durch eine reaktiv-defensive Haltung, etwas vorbereitet wird, was dann möglicherweise zu Gewaltaktionen führt, im Augenblick aber noch nicht direkt zu Gewaltaktionen geführt hat.

Ist es redlich, unter dem Begriff „Radikalisierung“ die aggressiv-agitatorischen Vorgehensweisen mit den reaktiv-defensiven Haltungen zu vergleichen? Hätte man nicht einen größeren Unterschied machen müssen? Dabei bin ich nicht der Meinung, dass die reaktiv-defensiven Haltungen deswegen gutzuheißen sind. Aber man muss das doch zumindest voneinander unterscheiden.

Muss man sich nicht die Frage stellen, ob die reaktiv-defensive Haltung bestimmter Kreise, die wir wie gesagt verurteilen, durch das partielle Versagen der Staatsautorität gegen Linksextremismus und Islamismus hervorgerufen wird? Diese Frage muss man sich stellen. Das ist wichtig.

Kann man auf der Linken keine politisch-parlamentarische Kontaktgruppe identifizieren, die der Entgrenzungsdynamik linksextremer Gewalttäter die Türen in die Gesellschaft öffnet? Sie haben dazu bei der Rechten den Sammelbegriff Neue Rechte gebraucht. Müsste man nicht auf der linken Seite den Sammelbegriff Alte Linke verwenden, um damit deutlich zu machen, dass im politischen Raum agierende Linke, die sich gern als Demokraten bezeichnen, durchaus in den Schnittstellen mit Kräften operieren, die sich nicht scheuen, Gewalt anzuwenden? Es gibt auch in unserer Runde Kolleginnen und Kollegen, die etwa mit der Roten Hilfe auftreten oder zumindest stärkere Verbindung dazu haben.

Ich frage ganz ernsthaft und in Sorge, warum Sie diesen Sammelbegriff für die Rechte unter dem unscheinbaren Begriff Neue Rechte gebrauchen, um die AfD damit in die Nähe solcher extremistischer Kreise zu rücken, und auf der anderen Seite den Begriff Alte Linke nicht benutzen, zumal man weiß, wie sich das entwickelt hat. Ich habe das hohe Alter, um das sehr gut nachvollziehen zu können.

Haben Sie nicht Sorge, dass in bestimmten Kreisen der Bevölkerung Verdachtsmomente entstehen, dass der Verfassungsschutz nicht allein unsere Demokratie und Verfassung schützt, sondern gleichzeitig als Instrument verwendet wird, um eine einseitige politische Einschätzung vorzunehmen? Es wäre fatal, wenn sich dieser Eindruck verfestigt.

Minister Herbert Reul (IM): Wir teilen die Beantwortung unter uns auf, wenn Sie einverstanden sind, weil es viele Detailfragen sind.

Ich möchte mit der letzten Frage beginnen, damit sie geklärt ist: Nein. Der Verfassungsschutz arbeitet überparteilich und neutral, fachlich-sachlich. Deshalb gibt es die

einschlägigen Institutionen des Parlaments, die das kontrollieren. Wenn es einen solchen Verdacht gäbe, wäre es der Job von Ihnen, die in diesen Gremien sitzen, das zu artikulieren und zu melden. Es ist eine Abteilung im Hause des Ministeriums. Insofern gibt es da quasi auch noch eine Aufsicht, um im Bild zu bleiben. Da habe ich null Sorgen. Null. Ich habe – positiv formuliert – hohes Vertrauen.

Ich will ein paar Einzelpunkte und einige grundsätzliche Punkte nennen und bitte dann Herrn Freier, viele der Einzelpunkte zu klären.

Sie fragten, ob sich ausgelöst durch den Vorgang in Kassel die Art und Weise geändert hat, wie wir mit dem Rechtsextremismus umgehen. Die erste Antwort ist leicht. Natürlich hat der Rechtsextremismus im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz immer eine große Rolle gespielt. Ein Drittel der Kapazitäten ist da. Trotzdem hat sich was geändert, weil man die Qualität des Vorgangs – da wurde jemand ermordet – nicht so einfach links oder rechts liegen lassen kann. Das bedeutet, es findet nicht nur das statt, was im rechten Raum schon immer stattfand. Ein Mordanschlag in dieser Dimension und öffentlich wirksam ist schon eine ganz neue Qualität. Deshalb hat uns das sehr wach gemacht und führt dazu, dass wir im rechten Bereich noch mehr leisten werden, Überlegungen dazu anstellen und auch schon etwas in die Gänge gebracht haben.

Sie haben nach Reichsbürgern gefragt, Frau Schäffer. Vorrangig hängt die Steigerung der Fallzahlen mit dem Dunkelfeld zusammen. Aber man kann nicht ausschließen, dass nicht auch über unsere Aktivitäten mehr Personen gefischt werden. Die wichtigste Waffe dafür ist im Moment, sich um die Waffenkontrollen zu kümmern. Ich glaube, es war der beste Punkt, um im Zusammenspiel von Ordnungsämtern, Waffenbehörden, Polizei und Verfassungsschutz jedem Fall nachzugehen und die Waffen einzukassieren. Ich glaube schon, dass das hilft. Aber es gibt keine Maßnahme, mit der man auf einen Schlag alle Probleme löst. Die gibt es in keinem Politikfeld.

Im linken Bereich ist die Gewalttätigkeit im Moment extrem auffällig und wachsend. Das hat auch mit Hambach zu tun. Das hat immer was mit einem Vorgang zu tun. Wenn Sie einen Vorgang, einen Ort, ein Ereignis haben, wo sich Leute finden, dann wird das immer mehr. Das ist logisch. Deswegen muss man auch so aufmerksam sein. Es ist mir vielleicht nicht immer gelungen und es ist auch objektiv schwer zu vermitteln, möchte ich strafmildernd sagen, dass das Gefährliche beim Hambacher Forst und dem, was da passiert, ist, dass es zu einer Ansammlung solcher Menschen kommt, die immer wieder schnell aufgeladen werden kann. Das hat überhaupt nichts mit all den anderen zu tun. Unter uns gesagt ist auch das ein kleiner Klub. Aber es ist ein kleiner, gefährlicher Klub. Er ist so was wie ein internationaler Sammelpunkt. Frau Schäffer, ich bin relativ sicher, wir werden Ihnen gar nicht präzise sagen können, ob fünf, zehn, 20 oder 100 Ausländer da sind; denn wir ermitteln da nicht durch Passkontrollen. Das können wir gar nicht.

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel. Die „Bürger für Buir“ sagen: Es gibt eine Menge von Leuten, die wir gar nicht mehr kennen, aber früher kannten wir die. – Die ausländische Sprache findet man da häufiger als früher. Das sind Indizien.

Ich bitte, einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass das eine Ansammlung ist, die je nach Ereignis schnell anwächst. Jetzt findet zum Beispiel ein Wiesencamp statt und schon

sind wieder mehr da. Das Gefährliche sind der Kristallisationspunkt, der Ort und die Gewalttätigkeit, wenn die Leute einer Meinung und unterwegs sind. Das sieht man an den Sprüchen, die da an den Bäumen hängen. Das ist die eigentliche Dramatik.

Eine grundsätzliche Anmerkung ist wirklich wichtig. Natürlich hat jeder einen anderen Zugang zu dem Thema, je nachdem, wo er politisch herkommt. In meiner politischen Jugendkampagne hieß es früher immer sinngemäß, man darf nie auf einem Auge blind sein. Wir müssen es schaffen, zu sagen: Es gibt links, es gibt rechts, und es gibt Salafisten. Es gibt an diesen drei Fronten unbestritten extremistische Bestrebungen. Die sind alle anders. Das ist wahr. Es gibt aber ein Phänomen, das mich sehr, sehr, sehr, sehr unruhig macht. Das ist die Entgrenzung, dieses Gesellschaftsfähig-Werden. Vielleicht ist keines der Wörter total richtig. Aber es ist nicht nur ein Kern von ein paar Leuten, die man im Blick hat.

Bei den Rechten musste man früher in ein paar Kneipen gehen. Dort saßen sie unter einer Fahne. Das war klar, das war erkennbar. Wenn da so eine Truppe von 80 Mann über die Straße läuft und gemeinsam gekleidet ist, ist das schon ein Problem. Aber es hat auch einen Vorteil: Die kennen Sie, die sehen Sie. Die Namen sind bekannt. – Das Gefährliche ist diese Entgrenzung, weil sie Anhänger und Unterstützung bekommen. Die Sprüche werden übernommen, und die werden gesellschaftsfähig. Das ist das Saugefährliche. Das findet im Linken genauso wie im Rechten und auch beim Salafismus statt. Das ist das, was uns am meisten Probleme macht. Dann kann man nämlich nicht mehr genau feststellen, wo wer ist. Das ist das Hauptproblem. Damit umzugehen, ist nicht einfach. Ich versuche jetzt mal eine erste Antwort, aber die ist weder vollständig noch präzise. Das Allerwichtigste ist, dass man den Teil der Extremisten, den man klar festmachen kann, benennt, dass man da keine Vorsicht walten lässt, sondern ihn glasklar benennt.

Wenn ich über den Hambacher Forst rede, hat das bei mir beim Linksextremismus immer zu Vorwürfen geführt, ich würde alle Leute beleidigen. Das ist überhaupt nicht wahr. Weder will ich das noch tue ich das. Wenn man nicht glasklar die Unruhestifter oder die Kriminellen oder diejenigen benennt, die linksextremistisch unterwegs sind, und sich nicht glasklar von denen abgrenzt, ist das der erste große Fehler.

Wenn ich überhaupt was äußern darf, äußere ich zu dem Bereich die große Bitte an die Menschen, die für den Wald, gegen die Kohle und für das Klima unterwegs sind ... Ich hoffe, irgendwann ist mal der Zeitpunkt, an dem alles geklärt ist, und man das voneinander trennt, damit alle Demokraten gemeinsam sagen: Das, was sich das linksextremistisch entwickelt, wollen wir alle nicht. – Das höre ich immer wieder. Aber das muss man dann sagen, weil das die Voraussetzung dafür ist, dass man handeln kann. Das gleiche gilt aber für rechts.

(Helmut Seifen [AfD]: Allerdings!)

Deswegen sage ich in aller Klarheit, wir müssen das benennen, auch da, wo es Überschneidungen oder Menschen in der AfD gibt, die da zu Hause sind. Es tut mir leid, ich meine damit nicht jeden, der in der AfD ist. Das würde ich niemals machen. Aber ich weiß genau, es gibt die Überschneidungen, und es gibt bedauerlicherweise immer mehr. Das ist ein echtes großes Problem. Da findet genau das gleiche statt. Es wird

immer mehr hoffähig. Es werden immer mehr Sprüche gemacht. Wir müssen bei Gericht beweisen, ob der Spruch, der auf der Straße gebracht wurde, strafbewehrt ist oder nicht strafbewehrt ist.

Ich erinnere mich voller Unruhe an die erste Debatte, die ich hier zu Dortmund hatte, in der es um die Frage ging: Warum haben sie nicht eingegriffen? – Das war eine schwierige Lage. Ich finde, auch jeder Polizist hat es da schwer, weil am Ende die Juristen an Gerichten die Entscheidung treffen und sagen, der eine Spruch gilt noch als akzeptabel und der andere nicht. Wir bräuchten an der Stelle viel klarere und eindeutige Abgrenzungen, damit klar ist, wo Schluss ist. Wenn ich in Dortmund bin und die Bürger diese Wand überpinseln und mit bunten Farben schmücken, ärgert es mich schon, wenn auf der anderen Seite so ein Haus rot-weiß beflaggt ist. Warum kann ich da nicht hingehen und die Fahne abnehmen? Klar, das geht nicht, weil es deren Haus ist und deren Recht ist, weil die Fahne nicht verboten ist; denn die Fahne, die da hängt, ist nicht die verbotene. Punkt. Sie kommen immer mehr an solche Stellen.

Ich glaube, das Allerwichtigste ist, das wir uns alle – egal, wo wir politisch stehen – viel präziser und deutlicher abgrenzen müssen. Auch wenn das manchmal schwerfällt, müssen wir sagen: Da ist jetzt Sense, da ist Schluss. – Das muss man dann auch benennen. Eigentlich dürfte sich eine Organisation, die damit nichts zu tun haben will, auch nie von irgendeinem Menschen aus irgendeiner extremistischen Szene die Veranstaltung organisieren lassen. Ich bleibe mal so im Nebulösen. Es gibt ja glasklare Beweise dafür, dass wir Großveranstaltungen haben, die von Leuten organisiert werden, die klar linksextremistisch oder klar rechtsextremistisch sind.

(Zuruf: Richtig!)

– Ja, da fängt es schon an. Das ist wahrscheinlich schon der erste oder zweite Schritt. Ich glaube, das wäre hilfreich, wenn wir die Sache in den Griff bekommen wollen. Klarheit ist die erste Voraussetzung: Klarheit und Abgrenzung.

Dann wird man noch sehr viel zu tun haben, um das andere auch in den Griff zu bekommen. Wir versuchen es auf allen Fronten, auch in der politischen Debatte. Wir werden gleich auch über diesen YouTube-Kanal reden. Das ist übrigens auch ein Beispiel. Wir versuchen einfach, da reinzukommen.

Kein Mensch von uns glaubt, dass wir damit das ganze Problem lösen. Aber es geht nicht, denen das Feld zu überlassen. Das ist das eigentliche Problem. Wir dürfen denen, die da extremistisch unterwegs sind, keinen Millimeter überlassen – weder im Wald noch auf der Straße noch im Netz. Darum geht es.

Es waren so viele kleine Faktenfragen, dass ich jetzt an Herrn Freier übergebe. Er ist ein bisschen jünger als ich und hat sich die Fragen alle gemerkt.

MDgt Burkhard Freier (IM): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich gehe die Fragen so durch, wie ich sie notiert habe. Herr Abgeordneter Lürbke, ich ergänze das, was der Minister zum Thema „Mordfall in Kassel“ gesagt hat. Es gibt eigentlich drei Punkte, die im Moment nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im Verfassungsschutzverbund und parallel auch in der Polizei als Folgen daraus diskutiert werden:

Erstens. Es gibt Vernetzungen im Rechtsextremismus unterhalb der organisierten Szene bei Einzelpersonen, die eigentlich gar nicht in der Szene sind, sondern mehr eine rechte Ideologie haben.

Zweitens. Wie gehen ebenso wie die Polizei an rechtsextremistische Einzelpersonen vergleichbar wie an Islamismus und mit einem Radarsystem heran. Das heißt also, dass die Gefährlichkeit einer einzelnen Person bundesweit mit einheitlichen Kriterien abgeschätzt wird.

Drittens. Das ist die Rechtsfrage. Wahrscheinlich muss man auch im Rechtsextremismus die Personen länger speichern, auch wenn sie über Jahre nicht aufgefallen sind. Kassel hat eben gezeigt, auch wenn er in der Szene keine weitere Bedeutung hatte, ist er trotzdem noch da und immer noch rechtsextremistisch.

Reichsbürger: Der Minister hat gesagt, das ist das Thema „Dunkelfeld“. Wir haben etwas in Nordrhein-Westfalen erreicht, was die Reichsbürgerszene schwächen kann. Das ist die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Die Kommunen melden uns jeden Fall. Wir bewerten ihn dann daraufhin, ob es ein Reichsbürger ist oder nicht. Die Meldungen gehen an das Landeskriminalamt und von da aus zu uns. Dann bewerten wir mit den Erkenntnissen, die wir haben, gemeinsam, ob es ein Reichsbürger ist und speichern ihn.

Dann komme ich zum nächsten Punkt. Das ist für die Entwaffnung wichtig, weil ein Reichsbürger nach den neuen Regeln automatisch als unzuverlässig im Waffenrecht gilt. Es muss also nichts mehr hinzukommen. Wir müssen „nur“ feststellen: Es ist Reichsbürger.

Im Moment gibt es 80 entzogene Waffen. Es laufen noch über 60 Verfahren. Die legen Widerspruch ein. Das muss in einem Rechtsstaat geprüft werden.

Was tun? Wir haben in unserem Aussteigerprogramm „Rechtsextremismus“ natürlich auch Reichsbürger. Wir nehmen die mit, wenn sie aussteigen. Dabei sind die meisten Reichsbürger nicht in der organisierten rechtsextremistischen Szene, sondern das ist so etwas ähnliches, aber etwas schwieriger in der Ideologie. Aus unserer Sicht ist das ein Phänomen, das noch nicht vorbei ist. Also müssen wir erst einmal sensibilisieren, vor allen Dingen aber mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen immer wieder darüber reden, wie die auffallen. Es ist erst mal eine Frage: Wie erkennt man Reichsbürger? – Mittlerweile, glaube ich, die allermeisten Kommunen und die Behörden vor Ort sehen das und reagieren darauf. Da muss nur einer seinen Ausweis abgeben; dann gehen sofort alle Alarmglocken an. Genau das ist auch richtig.

Sie hatten Linksextremismus, Gewalt gegen Polizei und Abgrenzung angesprochen. Wir stellen fest, dass sich allen voran die im Verfassungsschutz auch beschriebene Interventionistische Linke auf ihre Fahne geschrieben hat, den Linksextremismus stärker zu organisieren. Linksextremisten sind von ihrer Ideologie her an sich organisationsfeindlich. Aber hier schafft es eine Organisation, die bundesweit agiert, Einfluss zu nehmen. Dieser Einfluss wirkt sich nicht nur auf „Ende Gelände“ oder ähnliche Organisationen aus, sondern sie versucht zum Beispiel auch, auf „Fridays For Future“ Einfluss zu nehmen. Das ist nicht aus Versehen passiert und da findet nicht mal eine Versammlung statt, sondern es ist eine Strategie der Interventionistischen Linken, die

positive Wirkung von „Fridays For Future“ für eigene Zwecke zu nutzen. Das ist eine große Gefahr. Aufgrund ihrer Organisationstalente werden sie von „Fridays For Future“ für die Organisationen genutzt.

Herr Abgeordneter Ganzke, zum Rechtsextremismus, Islamismus und der Mitte der Gesellschaft: Wir stellen in allen drei Bereichen – rechts, links und Islamismus – fest, dass diese Bestrebung, in die Mitte der Gesellschaft zu gehen, in unterschiedlichen Strategien erfolgt. Danach hatte auch die AfD gefragt. Eines ist allen Strategien gleich:

Erstens. Es ist modern. Das sind die modernen technischen Mittel wie Social Media.

Zweitens. Die Methoden, die angewandt werden, sind so was wie ein Event. Wenn man die Gesellschaft erreichen will, versucht man, das mit einem Mittel zu machen, das wirkt, das anziehend ist. Im Rechtsextremistischen geschieht das zum Beispiel indem man versucht, die Gesellschaft bei Demonstrationen irgendwie zu beteiligen.

Drittens. Sie nutzen aktuelle Themen aus, und zwar Themen, die in der Gesellschaft im Moment diskutiert werden. Beim Linksextremismus ist es das Thema „Klima“, beim Rechtsextremismus ist es das Thema „Flüchtlinge“, beim Islamismus ist es das Thema „Islamfeindlichkeit“ oder „Kopftuchverbot“. Das sind also Themen, die ohnehin in der Gesellschaft einen politischen Raum einnehmen. Sie werden umgedreht in diesem Versuch, in die Mitte der Gesellschaft zu kommen.

Wir haben das so ausführlich in den Bericht geschrieben, weil wir sehen, dass auf der gesellschaftlichen Seite an vielen Stellen dieser Abgrenzungsreflex fehlt. Das ist die eigentliche Gefahr. Die Gefahr ist nicht, dass Linksextremisten die Gesellschaft beeinflussen, sondern die Gefahr ist, dass die Gesellschaft es nicht merkt und deswegen da reinläuft. Das ist die viel größere Gefahr. Das beste Beispiel ist, dass so eine Organisation wie „Fridays For Future“, die man ja eigentlich unterstützen muss, nicht merkt, in was sie da reinläuft. Das ist ein Problem.

Herr Abgeordneter Katzidis, diese Radikalisierung im Linksextremismus habe ich eben schon mal beschrieben. Es ist tatsächlich so, dass es beim Linksextremismus zum Thema „Gewalt“ so etwas wie einen Konsens gab, der beinhaltete: gegen Sachen Ja, aber gegen Menschen Nein. – Beginnend mit Heiligendamm, über Frankfurt und Hamburg verschwindet dieser Konsens immer mehr in die Richtung: Menschen Nein, aber Polizisten und RWE-Mitarbeiter Ja. – Das ist in der Tat eine zunehmende Zahl. Nicht nur die Zahl der Gewalt nimmt zu, sondern auch die Qualität der Gewalt, das heißt eine Qualität, die in Kauf nimmt, dass jemand stirbt. Wenn ich einen faustgroßen Stein werfe, muss ich in Kauf nehmen, dass er den Kopf trifft.

Wie ich eben schon mal gesagt habe, sehen wir im Linksextremismus diese – auch internationale – Vernetzung und die immer stärkere Organisation. Hinzu kommt, dass Linksextremisten auch trainieren. Das habe ich schon mal berichtet. Es gibt Aktionscamps oder so etwas. Das heißt, sie trainieren, was sie hinterher durchführen und überlassen das nicht einfach nur der Szene.

Antisemitismus: Wir haben das mal dargestellt. Das ist schon bemerkenswert. Bundesweit haben sich die Zahlen zur Gewalt und die politisch motivierte Kriminalität „An-

tisemitismus“ in den letzten 15 Jahren verdreifacht und in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. In Nordrhein-Westfalen waren es 350 im Jahr 2018. Das ist noch mal eine Steigerung. Wir stellen als Verfassungsschutz ebenso wie die Polizei fest, es geht nicht nur um die konkrete Zahl 350, sondern das subjektive Sicherheitsgefühl ist durch eine Bedrohung und Einschüchterung tangiert, die von Rechtsextremisten, aber auch von Islamisten erfolgt, die quasi unterhalb der Strafbarkeit liegt. Das wird nicht gezählt, aber die betroffenen Jüdinnen und Juden merken sehr wohl, dass so eine Stimmung entsteht.

Wir haben auf unserer Tagung deutlich gemacht, insbesondere im Rechtsextremismus und Islamismus gibt es einen Antisemitismus. Da viele Flüchtlinge gekommen sind und die Staatsdoktrin aus ihren Ländern den Antisemitismus immer schon hatte, ist die Gefahr, dass sie sich hier radikalieren und hier den Antisemitismus übernehmen, groß – sehr groß sogar. Das ist in unseren Präventionsveranstaltungen gerade im Bereich des Islamismus ein ganz wesentliches Thema.

Frau Schäffer, Sie sprachen das Thema „Reichsbürger“ an. Der Minister hatte es schon gesagt. Es ging um die Themen „Kampfsport“ und „Bewaffnung“. Rechtsextremistische Ideologie zielt ja auf mehrere Dinge ab. Sie lieben Uniformen, die lieben Hierarchie und sie lieben Waffen. Wir stellen fest, dass Rechtsextremisten in verschiedenen Szenen immer wieder versuchen, an Waffen ranzukommen. Bisher ist es so, dass es, wenn wir das im Internet mitbekommen – und die meisten Fälle haben wir mitbekommen –, sofort an die Polizei, an den Staatsschutz weitergegeben wird. Es werden sofort Ermittlungsmaßnahmen eingeleitet. Hier sind die Amtsgerichte auch sofort dabei, dass zumindest Durchsuchungsmaßnahmen stattfinden. Selbst wenn sich hinterher rausstellt, dass das, was er da im Internet ... Wir hatten so einen Fall. Der wollte im Internet Waffen verkaufen. Das waren aber Scheinwaffen. Das konnte man nicht erkennen. Die Gerichte machen es sofort mit. In diesen Fällen leiten die Polizeidienststellen sofort ein Verfahren ein. Es werden sofort Durchsuchungen durchgeführt. Da prüfen wir als Verfassungsschutz auch nicht weiter, ob die Szene größer ist oder so. Wir gehen sofort rein.

Sie fragten, ob die Aufrufe erfolgreich sind. Sie sind insofern erfolgreich als es Aufrufe gibt und sie Likes im Internet bekommen. Das heißt, Rechtsextremisten haben das als eine Idee, sich eine Waffe zu besorgen. Auch wenn sie sie nicht benutzen wollen, ist einfach das Haben einer Waffe schon ein Problem. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch so wichtig, dass bei der Waffenerlaubnis die Frage gestellt wird: Sind Sie rechtsextremistisch? – Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Die Waffenbehörden können den Verfassungsschutz jederzeit fragen, wenn es einen Anlass gibt. Wir melden uns auch sofort zurück, damit das nicht passiert.

Ihre weitere Frage war, ob Rechtsextremisten auf den NSU Bezug nehmen. Wenn man so will, gibt es ungefähr ein Drittel. Ein Teil der Rechtsextremisten kümmert sich überhaupt nicht um das Thema, ein Teil sagt: „Das war taktisch unklug, dass der NSU das gemacht hat“ – das gibt es auch im Rechtsextremismus –, aber es gibt eben auch einen Teil, der sich positiv auf den NSU bezieht. Das ist heute noch so. Das ist schon bedenklich. Das tun sie, indem sie den Namen benutzen, indem sie fragen: „Was war denn da?“ oder indem es Verschwörungstheorien gibt. Das gibt es auch, indem gesagt

wird: Eigentlich war das gar nicht so; das war ein Plan der Sicherheitsbehörden, um den Rechtsextremismus zu stigmatisieren.

Alles drei gibt es. Aber es wird heute noch in Einzelfällen Bezug genommen, vor allen Dingen im Internet. Das gibt es und das ist schon bedenklich.

YouTube und Islamismus sowie YouTube und Rechtsextremismus: Ja, diesen Teil gibt es nicht nur im Rechtsextremismus wie „Ruhrpott Roulette“ oder so, die auf YouTube aktiv sind, sondern auch im Bereich des Islamismus. Deshalb haben wir gesagt, dem muss man was entgegensetzen. Wenn man ins Internet geht, bei Google das Wort „Koran“ eingibt und da nur die Rezeption von Salafisten findet, dann ist das schwierig. Deswegen muss man sagen – das ist eine Lösung –, wenn es YouTube-Videos gibt, die für einen Dschihad werben, dann muss es auch das Gegenteil geben.

Der „Dritte Weg“ hat einen Stützpunkt im Rheinland eingerichtet. Das ist eine kleine Gruppe unter zehn Personen. Aber das ist für die nicht wichtig. Sie sind sowieso mengenmäßig klein, aber sie sind eben die radikalste und vor allen Dingen, wenn man so will, rechtsextremistischste Partei, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Sie sind zu tiefst nationalsozialistisch. Sie glauben selbst von sich, sie seien so etwas wie eine elitäre Gruppe und nehmen nur Leute auf, die tatsächlich ganz stramm rechtsextremistisch sind. Das ist etwas, was wir genau wie die Partei Die Rechte intensiv beobachten. Sie sind nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern. Das geht ganz langsam, aber es geht. Sie werden auch nicht weniger. Sie bekommen Zulauf. Das sind Organisationen, die, wenn sie bei Versammlungen auftreten, ein eigener Block bleiben. Aber sie sind auch bei Versammlungen von anderen.

Kampfsportveranstaltungen: Wir hatten dieses Seminar. Wir haben das nächste wieder in Ostritz. Im September, glaube ich, findet das nächste Seminar statt, wiederum organisiert von Die Rechte in Dortmund. Wiederum wird versucht, es so durchzuführen, dass vor allen Dingen Rechtsextremisten teilnehmen. Es soll keine politische Veranstaltung sein, sondern eine reine Kampfsportveranstaltung. Wir stellen fest, dass sie es genau wie in Hamm eher klandestin durchführen, eher mit weniger Öffentlichkeit, weil sie die Sorge haben, dass es durch Möglichkeiten des Verbots oder von Auflagen eingeschränkt wird. Im Moment versuchen sie, es eher klandestin durchzuführen, genauso wie dieses Seminar, was wir mal hatten. Das findet immer wieder mal statt, aber es findet klandestin statt. Es gibt keine öffentliche Wirkung. Das wollen sie nicht. Das ist in Hamm auch in diesem „Zuchthaus“ so, in dieser Gaststätte, in der immer wieder Veranstaltungen stattfinden. Sie wollen keine Außenwirkung.

Teilnehmer: Das haben wir beschrieben. Was wir an offenen Informationen haben, haben wir in den Bericht geschrieben. Das sind die zwei Teilnahmen von AfD-Mitgliedern. Aber wir haben ja geschrieben, dass es nicht um eine Form des Zusammenwirkens, sondern um eine Teilnahme geht.

Das Thema „Hambacher Forst“ hat der Minister behandelt.

ANSA International, Razzia und Auswertung: Wir haben eine Menge von Material, vor allen Dingen an technischen Geräten, die im Moment ausgewertet werden. Wir haben damals schon gesagt, eines der ganz wesentlichen Ziele bei der Durchsuchung war, zu versuchen, die Geldwege zu erkennen, weil die Gefahr besteht, dass terroristische

Organisationen im Ausland unterstützt werden. Das findet noch statt. Ich kann Ihnen im Moment noch kein Ergebnis berichten, zumal hier nicht wir die Federführung haben, sondern der GBA die Federführung hat.

Hizb ut-Tahrir ist eine Organisation im Islamismus, die sozusagen den elitären Teil abdeckt. Das bedeutet, sie wollen die Bildungsschicht erreichen. Deswegen geht es ihnen nicht um Zahlen, sondern um Gebildete. Sie sind in den Städten, in denen große Universitäten sind. Sie versuchen Einfluss zu nehmen. Diese Kampagne zum Kopftuch hat tatsächlich dazu geführt, dass ganz viele junge Muslime plötzlich auf Hizb ut-Tahrir aufmerksam geworden ist. Wenn man das aus Sicht von Hizb ut-Tahrir betrachtet, dann war das medienmäßig ein Erfolg. Deswegen werden sie immer wieder solche Themen nehmen, die möglicherweise in der muslimischen Community, vor allen Dingen bei den Jüngeren und Gebildeten, Wirkung zeigen. Die werden sie weiter durchführen. Davon muss man ausgehen. Das heißt also, die Reichweite ist groß.

Die Frage von Herrn Abgeordneten Seifen betraf die Radikalisierung. Ich habe schon mal gesagt, diese Radikalisierungen im Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus sind nur zum Teil identisch. Wenn wir zum Beispiel Veranstaltungen machen und darüber berichten, wie sich Rechts- und Linksextremisten radikalieren, dann ist das zum Teil gleich. Psychologen sagen, wenn Menschen in den Extremismus einsteigen, sind es häufig Personen, die irgendwo in ihrem Lebenslauf einen Bruch hatten oder das Gefühl haben: Ich bin nicht anerkannt. – So etwas ist das dann.

Dann entsteht aber auch eine andere Art von Entwicklung. Im Salafismus ist das zum Beispiel ein anderer Hass als im Linksextremismus und da wiederum ein anderer als im Rechtsextremismus. Es ist schwierig, das ganz genau miteinander zu vergleichen. Deswegen sind die Präventionsprogramme unterschiedlich zugeschnitten.

Was aber gleich ist – das war Ihre Frage, aber auch die von Herrn Ganzke –, ist, man sieht in der Radikalisierung in allen drei Bereichen, sie werden erstens jünger und zweitens gewaltbereiter. Das heißt, das Hemmnis, Gewalt als Mittel einzusetzen, nimmt nicht zu, sondern wird eher geringer.

Ich möchte noch auf eines antworten, nämlich auf die Aussage, dass Rechtsextremisten, wenn sie Aktionen durchführen – dazu gehört auch die Mischszene –, reaktiv und defensiv sind. Die Haltung, die man im Moment im Rechtsextremismus sieht, wenn man das als eine übergeordnete Ideologie ansieht, ist dieses Gefühl „The Great Replacement“. Das heißt: Wir werden von Flüchtlingen überrollt und werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen, später den Bürgerkrieg verlieren. – Deswegen gehen sie auf die Straße und demonstrieren.

Warum auch immer und wie auch immer man das bewerten kann: Das Problem an dieser Ideologie ist, dass sie sozusagen als Ergebnis Breivik, Christchurch und Kassel hatte. Diese Ideologie ist also nicht harmlos, sondern führt dazu, dass Personen nicht nur demonstrieren, sondern sich auch bemüßigt fühlen, eine Tat durchzuführen, die sozusagen diesen Bürgerkrieg vorhernehmen will. Deswegen sehen wir das schon als Problem an, wenn man quasi auf die Straße geht und dem Staat abspricht, für Sicherheit zu sorgen. Damit schürt man nicht nur Ängste, sondern fördert auch die Gewalt bei einzelnen Personen.

Linksextremismus, Alte Linke: Wir bezeichnen das nicht als Alte Linke, sondern als Dogmatische Linke. Wir unterscheiden zwischen den Autonomen – das sind die aktionsorientierten eher Jüngeren – und den Extremisten, also der Dogmatischen Linke. Das sind Parteien wie DKP oder MLPD, die schon länger in dem Bereich sind. Wenn wir als Verfassungsschutz etwas beschreiben, können wir ohnehin nur den Extremismus beschreiben. Wir beschreiben keine politische Einstellung, sondern dann, wenn wir sie als extremistisch sehen. Das sind im Linksextremismus, wenn man die Älteren sieht, eher die DKP und die MLPD.

Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe.

Ibrahim Yetim (SPD): Ich habe eine Frage zum Thema „subkulturell geprägter Rechtsextremismus“. Combat 18 ist wie in dem vorherigen Verfassungsschutzbericht nur kurz mit einem Satz erwähnt. Wir haben aber mitbekommen, dass die Innenminister von Niedersachsen, Hessen und auch Thüringen ein Verbot anstreben und empfehlen. Ist Combat 18 bei uns in Nordrhein-Westfalen überhaupt kein Problem – so erscheint mir das –, oder haben Sie das einfach nicht auf dem Schirm?

Verena Schäffer (GRÜNE): Sie sagten gerade, Herr Freier, dass diese Radikalisierung in allen Phänomenbereichen dazu führt, dass es jüngere Personen sind. Ich möchte das für den Bereich Rechtsextremismus hinterfragen. Stichworte sind der Mordfall an Walter Lübcke und das Attentat auf Henriette Reker. Ich habe das Gefühl, dass derzeit so was wie eine Reradikalisierung stattfindet, also dass Neonazis, die vor 15 Jahren aktiv waren und auf Demonstrationen gingen, die in der Zwischenzeit Kinder bekommen haben, vielleicht einen Job haben und ein vermeintlich bürgerliches Leben führen, wieder radikalisiert werden. Ich glaube, dass Stefan E. in Kassel dafür ein sehr gutes Beispiel ist.

Sie haben selbst in dem Bericht zu den Bürgerwehren geschrieben, dass es zum Teil Personen sind, die nach 15 Jahren wieder an der Oberfläche erscheinen. Ich glaube, das ist ein Phänomen, das wir sehr, sehr ernst nehmen müssen, weil diese Personen, die vor 15 Jahren auf den Konzerten waren und nie ihre rechtsextreme Gesinnung abgelegt haben, jetzt wieder aktiv werden. Ich glaube, dass von denen wirklich eine große Gefahr ausgeht, weil die Ideologie nach wie vor verfestigt ist usw. Das muss ich jetzt nicht ausführen. Herr Freier, stimmt die These, dass die immer jünger werden?

Wir hatten auch eine Anfrage zum Thema „Tatverdächtige aus dem Bereich Rechtsextremismus“ gestellt. Das widerlegt auch die These, dass die Personen jünger werden. Es sind eigentlich Leute, die schon länger im Rechtsextremismus verhaftet sind. Darauf würde ich gern noch mal einen Blick werfen.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Vorsitzender! Gerade ist wieder mehrfach der Begriff der Neuen Rechten genannt worden. Ich finde, er weist eine extreme Unschärfe auf. Ich verstehe natürlich den Gedankengang, wenn Sie sagen, dass versucht wird, Gedankengänge der klassischen Rechten, der Neuen Rechten oder rechter Gruppierungen in die Mehrheitsgesellschaft zu infiltrieren und sagbar zu machen. Nun sehe ich den Rechtsstaat aber in der Pflicht, da eine klare Grenze zu ziehen. Sie haben eben

ausgeführt, Sie finden es manchmal schade, dass man gegen gewisse Dinge nicht vorgehen kann. Das verstehe ich emotional, aber in einem Rechtsstaat ist das natürlich so. Das ist bestimmt einer der Gründe, warum es sicherlich sehr schwer war, die Räumung rund um den Hambacher Forst zu begründen. Das ist sicher auch bei der einen oder anderen Demonstration von Rechten der Fall, obwohl es mir persönlich emotional genauso ging wie Ihnen. Ich würde mir natürlich wünschen, dass man besser dagegen vorgehen kann.

Ich sehe ich, dass mit dieser Unschärfe, die Sie da leisten, der Neuen Rechten, wo Verlagshäuser etc. mit einbezogen werden – auch wir sind in diesem Zusammenhang genannt worden –, eher Vorschub geleistet wird, dass man gewisse rechte Gruppierungen in größere Gruppen einbezieht. Meine Frage ist, ob Sie es nicht für gut empfänden, da gerade Personenkreise, Gruppierungen zu identifizieren und dann auch klar als verfassungsfeindlich zu brandmarken. Wenn man die Medien verfolgt ... Sie werden ja sicherlich mitbekommen, dass es insbesondere bei uns da einen großen Streit gibt. Wir sind in kleineren Erwähnungen im Verfassungsschutzbericht genannt worden, obgleich man eben nicht erwähnt, dass es auch große Bestrebungen bei uns gibt, diesen möglichen verfassungsfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Wir befinden uns in einem Rechtsstaat. Sie würden es uns viel leichter machen, uns von rechts abzugrenzen, wenn es eben diese genaue, scharfe Abgrenzung Richtung rechtsextrem und rechts gäbe. Wenn man das logisch mitverfolgt, müsste man sagen, rechtes Gedankengut wird in eine Demokratie eingebracht. Auf der anderen Seite diskutierten wir unlängst noch in den Medien das Recht auf Eigentum. Das ist in Artikel 14 Grundgesetz und Artikel 903 Bürgerliches Gesetzbuch festgeschrieben. Man müsste sagen, auch das sind wieder eher linksextreme Gedanken, die da in den Mainstream einsickern. Da sehe ich eine gewisse Asymmetrie. Deshalb stelle ich die Nachfrage.

Sie sprechen auch von einer gewissen Anschlussfähigkeit linksextremistischer Gruppen. Welche Gruppen sind da konkret gemeint, bzw. welche anderen demokratischen Gruppierungen und Parteien sehen Sie besonders gefährdet, wo ein Kontakt auch linksextremer Szenen herzustellen versucht wird? Sie nannten auf der anderen Seite sehr konkret uns. Mich interessiert, wer auf der anderen Seite des demokratischen Spektrums als gefährdet betrachtet werden kann.

Sie haben schon davon gesprochen, dass es das Aussteigerprogramm „left“ für den Linksextremismus gibt. Es gibt allerdings keine umrissenen Präventionsprogramme, obgleich wir eine eklatante Zunahme im Bereich der Gewalttaten beim Linksextremismus feststellen können. Wie ist das zu werten, und ist da etwas in Planung?

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Ich habe eine kurze ergänzende Frage zu dem, was Frau Schäffer eben bezüglich der Altersentwicklung und Altersstruktur nachgefragt hat. Gibt es bei Ihnen signifikante Erkenntnisse im Hinblick darauf, dass die Altersstrukturen oder Altersentwicklungen zwischen den extremistischen Bereichen unterschiedlich sind? Ist die Entwicklung rechts anders als links oder beim Salafismus, oder erkennen Sie überall ähnliche Tendenzen in dem Bereich?

MDgt Burkhard Freier (IM): Zu C 18: Ich kann nur sagen, Verbote sollte man nicht erwähnen bzw. nicht darüber reden. Das ist das Problem. Deswegen halten wir uns mit solchen Äußerungen zurück. Es macht keinen Sinn. Aber wir beobachten C 18. Deswegen steht es auch im Verfassungsschutzbericht. Alles, was man darüber hinaus sagt, führt nicht dazu, dass es irgendwie erfolgreich ist.

Zur Radikalisierung, dem Mordfall Lübcke und einer Reradikalisierung: Vielleicht habe ich es nicht so ganz klar gesagt, aber es bedeutet eigentlich, wir haben beides. Wir haben die älteren Rechtsextremisten. Deswegen habe ich eben gesagt, man muss sich überlegen, wie man die beobachten und speichern kann, damit wir sie nicht aus dem Blick verlieren. Wir haben in vielen Bereichen immer wieder Rechtsextremisten, die eine Zeitlang weg sind, die schon älter und 20, 30 Jahre in der Szene sind und ihre Kontakte erhalten. Wir haben zusätzlich – die Organisationen in Nordrhein-Westfalen, die wir beobachten, zeigen das – quasi die nächste und übernächste Generation, also Jüngere in dem Bereich. Aber deswegen sind die Älteren nicht weg, sondern sie sind noch da. Es besteht die Gefahr, dass sich ein 50- oder 60-jähriger Rechtsextremist radikalisiert, wenn dieser Funke da ist. Deswegen behalten wir beide im Blick. Wir sagen nur, die Szene erneuert oder verjüngt sich und ist immer noch vorhanden.

Rechtsextremismus und Gesellschaft: Das war die Frage der AfD. Wir haben im Rechtsextremismus einen Unterschied zwischen der Neuen Rechte und dem anderen Teil gemacht, weil wir festgestellt haben, dass es eine Gruppe gibt, die quasi das Gefühl hat – ganz deutlich ist das im Rechtsextremismus, das gibt es aber auch im Linksextremismus –: Wenn ich radikaler bin ... – Mit „radikaler“ meinen wir nicht nur Gewalt, sondern auch auf der Straße martialisch aufzutreten, auf der Straße laut zu sein, auf der Straße einzuschüchtern. Diese Gruppe hat das Gefühl, um noch eine Bedeutung in der Öffentlichkeit zu haben, muss sie mehr machen.

Es gibt einen zweiten Teil bei den Rechtsextremisten, der eine andere Vorgehensweise hat. Die Ideologie ist gleich, aber die Vorgehensweise ist eine andere. Diese Vorgehensweise ist aus unserer Sicht deswegen gefährlicher, weil sie schwerer zu erkennen ist. Das haben wir im Verfassungsschutzbericht auch benannt, nämlich die Identitäre Bewegung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Diesen Unterschied haben wir versucht darzustellen, weil die Vorgehensweise eine andere ist. Dass wir nicht jede Organisation im Verfassungsschutzbericht benennen, ist richtig. Immer wieder kommt die Frage auf, ob wir nicht besser mit den Organisationen umgehen können, wenn wir sie genauer benennen. Wenn wir die Organisation benennen, setzt das voraus, dass wir gerichtsverwertbare Belege haben. Das ist für den Verfassungsschutz nicht immer das Ziel. Wir wollen ja eigentlich eine Bestrebung beschreiben.

Wir suchen allerdings selbst nach einer Möglichkeit – das gilt für alle anderen Fälle auch –, wie wir mit Namen und Hintergründen gerade bei Organisationen deutlicher beschreiben können ... Bei Personen gibt es noch einen Persönlichkeitsschutz. Wir sagen auch in den anderen beiden Extremismusbereichen, wenn wir Organisationen benennen, kann man vielleicht einen besseren Kampf durchführen. Das prüfen wir und gehen das durch. Sie sind nicht der Erste, der diese Frage stellt. Wir überlegen an dem Punkt, ob wir da mehr machen können.

Kontakte von Linksextremisten zu Parteien: Es ist für uns immer schwierig das zu beschreiben, weil wir wissen, dass Linksextremisten natürlich versuchen, auf die politische Elite Einfluss zu nehmen. Das ist im Linksextremismus so. Das machen auch Muslimbrüder. Das versuchen eben auch alle Rechtsextremisten. Das ist überhaupt nichts Neues. Das Benennen ist für uns das zweite Problem. Wir beobachten den Linksextremismus. Gerade Linksextremisten, aber auch Rechtsextremisten und Muslimbrüder starten den Versuch, Einfluss auf alle Teile der Gesellschaft zu nehmen. Das sind ja nicht nur Parteien, sondern das sind auch zum Beispiel Universitäten, das sind gesellschaftliche Gruppen. Das ist zunehmend eine Frage, bei der die Gesellschaft wach sein muss.

Präventionsprogramme: Wir haben im Moment das Präventionsprogramm Linksextremismus, und zwar das Aussteigerprogramm. Wir agieren insbesondere dann, wenn uns zum Beispiel Schulen und Institutionen fragen. Dann gehen wir raus und erklären das. Die Fragen kommen derzeit zum Rechtsextremismus und zum Islamismus. Wir haben allerdings, seit der Hambacher Forst aktuell ist, auch zunehmend Fragen, was Linksextremismus ist und wie der sich entwickelt. Dann gehen wir raus. Richtig: Es ist weniger als in den anderen beiden Bereichen. – Das wird aber ein Thema sein, dass wir immer deutlicher machen. Wegen des Einflusses auf die Gesellschaft muss erklärt werden, was Linksextremismus ist.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Dann kommen wir jetzt zu den YouTube-Kanälen. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Herbert Reul (IM): Wir waren zum dritten Mal als Verfassungsschutz auf der Gamescom. Das ist Gold wert. Es ist ein schicker Stand. Viele Besucher kommen dorthin. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sind da 4.000 Personen vorbeigelaufen. Das ist schon eine riesige Menge. Dazu kommt jetzt eben der Einsatz dieses Formates, um an junge Leute zu kommen. Das haben wir auf der Gamescom vorgestellt. Die Begründung ist relativ einfach: Von den 3.100 Salafisten ist ein Viertel unter 25 Jahren. Daran kann man sehen, dass es klug ist, den Zugang zu finden.

Wir schalten zwei Kanäle. Der erste Kanal heißt „Jihadi-Fool“. Das ist ein satirisches Sketch-Comedy-Format. Er will sich mit Radikalisierung und Terrorismus usw. auseinandersetzen. „Hintergründlich“ ist ein Wissensformat und macht die Informationen deutlich. Wir haben ein Beispiel für „Jihadi-Fool“ mitgebracht. Jede Woche läuft ein Film. Das Hintergrundformat soll alle zwei Wochen laufen, sodass wir anreißen, neugierig machen, Gesprächsbereitschaft signalisieren, aber auch alle zwei Wochen Informationen zum Thema anbieten. Das machen wir ein Jahr lang und schauen, wie es läuft. Das ist relativ aufwendig und teuer, aber ich glaube, es ist einen Versuch wert. Wir zeigen jetzt ein Beispiel – übrigens von Profis gemacht.

(Ein auf YouTube eingestelltes Video „Jihadi-Fool“ wird gezeigt.)

Vorsitzender Daniel Sieveke (CDU): Vielleicht muss man das jetzt erst mal sacken lassen.

Übrigens ist es gar nicht so einfach. Es sind ganz, ganz viele Sachen gemacht worden, die wir nicht senden konnten. Es ist immer grenzwertig. Gerade wenn es um das Kopftuchthema geht und Sie dann anfangen, Witze zu machen. Wir sind ja auch nicht irgendwelche Leute, sondern es ist eine staatliche Institution, die diese Witznummern loslässt. Man muss aufpassen, nicht in Gefahr zu laufen, religiöse Beleidigungen auszustößen.

Wir versuchen das jetzt mal. Wir schieben alle zwei Wochen ein Aufklärungsvideo hinterher und schauen mal, ob das eine Wirkung hat.

MDgt Burkhard Freier (IM): Ich sehe fragende Gesichter im Raum. Wir haben noch einen zweiten Teil „Hintergründlich“. Das heißt, wir erklären zum Beispiel: Was ist eigentlich eine Rückkehr? – Rein fachlich. Aber das ist so aufbereitet, dass man da auch als 16-Jähriger zuhören kann.

Wir hatten schon 2016 die erste Idee, den Internetinhalten etwas entgegensetzen zu müssen. Ob man die Filme witzig findet oder nicht, ist eigentlich nicht wichtig. Sie sollen vor allen Dingen junge Menschen dazu anregen, zu fragen: Was ist hier eigentlich los? Was wollt ihr damit erreichen, und warum macht das der Verfassungsschutz?

Wir haben bis heute 60.000 Aufrufe, und zwar Komplettaufrufe, das heißt also, 60.000 Menschen haben sich das komplett angeguckt. Wir haben 1.200 Abonnenten. Das bedeutet, sie bekommen regelmäßig diese Videos. Wir haben vor allen Dingen eine große Zahl von Kommentaren. Darauf reagieren die Menschen also.

Nach den Veröffentlichungen in den Medien, also in den Zeitungen, gab es am Anfang ganz viel Kritik. Es gab zum Beispiel Kritik von anderen Anbietern von Präventionsprojekten. Es gab auch Verschwörungstheoretiker, die gesagt haben: Das Ganze mit Syrien ist nur eine Inszenierung des Westens. Es gibt keinen einzigen syrischen Kämpfer. Das sind nur Filme, die der Westen gedreht hat. – So etwas kam. In den letzten zwei Wochen ist die Zahl der Kommentare und ist auch die Auseinandersetzung groß geworden. Es reicht von Kritik wie: „Das finde ich gar nicht witzig“ bis hin zu: Endlich mal einer, der was schreibt.

Ganz wichtig ist, wir haben nicht nur diese Filme von den Profis gekauft, sondern auch ein Community-Management. Das ist viel wichtiger. Das heißt, wir begleiten diese Filme 24 Stunden sieben Tage in der Woche und gucken, was kommentiert wird. Wir gucken auch, ob das extremistisch ist. Dann können wir es nämlich löschen. Vor allen Dingen aber achten wir darauf, selbst professionelle Antworten zu geben, wenn eine Frage kommt wie: „Was ist der Koran?“ oder: „Was ist denn das Problem von Rückkehrern, das sind doch alles Deutsche?“ – Solche Themen greifen wir auf und versuchen, sie in kurzen Sätzen zu beantworten. Das haben wir vorher schon mal durchgespielt. Das Unternehmen, das wir jetzt beauftragt haben – deswegen ist das auch etwas teurer – sitzt quasi am Rechner und begleitet das mit den Kommentaren, damit kein Shit-Storm entsteht, damit aber auch keine Fragen gestellt werden, die nicht beantwortet werden. Der eigentliche Sinn ist, dass gerade junge Menschen anfangen, darüber zu reden und Fragen zu stellen.

Ibrahim Yetim (SPD): Ich will mir nicht zutrauen, wirklich bewerten zu können, wie das Video ankommt. Ich sage aber ganz offen, ich habe die Botschaft nicht verstanden. Vielleicht erklären Sie mir noch mal mit einem Satz, was die Botschaft dieses Videos war. Ich kann mir gut vorstellen, wenn Jugendliche in den sozialen Medien unterwegs sind ... Ich kenne mein eigenes Verhalten. Ich bin ein bisschen älter, aber wenn ich nicht sofort an so einem Video hängen bleibe, dann wische ich es in der Regel einfach weg, weil es langweilig ist. Für mich war nicht von Anfang an klar, was hier die Message ist.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Ohne das jetzt moralisch bewerten zu wollen ... Ganz im Gegenteil. Aber man muss feststellen, dass im Prinzip insbesondere der radikale Islamismus, der sogenannte Islamische Staat in der Vergangenheit eine extrem effektive Medienarbeit gemacht hat. Wenn der Staat versucht, jung und spritzig darauf zu antworten, dann muss man sich meistens festhalten. Sie haben eben schon gesagt, es ist ein Ritt auf der Rasierklinge zwischen der Verächtlichmachung religiöser Inhalte und einer Verharmlosung der kriegerischen Handlungen, die da stattfinden.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe – sonst korrigieren Sie mich – geht es aber gerade darum, zu irritieren, Fragen aufzuwerfen und die dann abzuarbeiten.

MDgt Burkhard Freier (IM): Ja, es geht darum, zu irritieren. Es geht darum, Fragen zu stellen. Wenn Sie wissen wollen, warum es gerade so ein Film ist: Die Idee dahinter ist, zu erklären, was ein Rückkehrer ist und was es bedeutet, wenn man aus so einem Kampfgebiet zurückkehrt und nicht sofort inhaftiert wird. Sie bringen nämlich ihre Ideologie mit. – Der Film sollte bedeuten: Er sucht sich eine neue Arbeit, hat aber noch die Idee im Kopf, wenn einer ihm nicht passt, dann wird er gesteinigt. – Das heißt, man kommt aus Syrien zurück und hat in den zwei, drei Jahren, in denen man da gelebt hat, die Ideologie sehr stark verinnerlicht. Das soll das bedeuten.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Jetzt habe ich es verstanden!)

Verena Schäffer (GRÜNE): Danke, Ibrahim Yetim, dass du noch mal nach der Message gefragt hast. Mir ging es, ehrlich gesagt, nach dem Gucken des Videos ähnlich.

Ich finde den Videokanal „Hintergründlich“ sehr gut. Das muss ich sagen. Ich habe mir die Videos auch angeguckt und finde die wirklich ganz gut. Zu dem anderen Kanal muss ich ehrlich sagen, es ist nicht mein Humor. Ich bin wahrscheinlich auch nicht die Zielgruppe, ich frage mich aber, ob man die Zielgruppe wirklich erreicht.

Der Minister hatte gerade schon gesagt, dass einige Videos offenbar nicht genommen wurden. Es ist ja ohnehin umstritten, ob es funktioniert oder nicht, Generative zu schaffen. Ich finde, man kann das versuchen. Das ist einen Versuch wert. Aber ich frage mich schon, warum Sie diese Produktionsfirma genommen haben. Die machen es technisch super, das ist überhaupt keine Frage. Die sind da offenbar wirklich sehr gut. Aber die Frage ist, ob es nicht eigentlich Leute machen müssen, die aus der Zielgruppe

kommen. Das ist ein anderer Blick. Reicht es, wenn sozusagen die weiße Mehrheitsgesellschaft Videos für eine andere Zielgruppe macht? Funktioniert das? Daran würde ich ein Fragezeichen machen.

Ich frage mich, warum Sie nicht mit Gruppen oder Organisationen wie den „Datteltätern“ zusammenarbeiten. Es gibt ja Leute aus der Community, die gute Präventionsarbeit machen. Ich glaube, dass man deren Kompetenzen wirklich gut hätte einbinden können. Vielleicht passiert das ja und wir wissen es nur nicht. Ich bin wirklich skeptisch, ob das mit den Videos so funktioniert.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Es ging heute um die Vorstellung dessen, was gemacht wird. Das werden wir sicherlich noch mal auf der Tagesordnung haben. Heute ging es nur darum, dass was gemacht wird und darum, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Es ging nicht um jede Firma, die das auch machen könnte. Das wird hier sicherlich noch mal Thema werden.

Fabian Schrupf (CDU): Herr Vorsitzender! Herr Freier, ich möchte das Video ausdrücklich loben. Ich finde, das ist genau die richtige Herangehensweise. Es muss nicht jeder denselben Humor teilen. Aber ich finde, das Ganze mal von der satirischen Perspektive aufzunehmen, von einer Perspektive, die zweifelsohne auffällt, mit der man aneckt, über die man spricht, weil es eben nicht das Bedeutungsschwangere ist, Frau Schäffer, das mit der tiefgründigen Botschaft pädagogisch einwirken will und dann vielleicht gar nicht den Zugang zu dem findet, den man eigentlich erreichen will, ist völlig der richtige Ansatz.

Für eine andere Community: Ich sage mal so: Ob 99 % der Kinofilme, die wir uns anschauen oder zu denen wir Zugang haben – insbesondere aus amerikanischer Produktion –, aus unserer eigenen Community kommen oder ob das notwendig ist, damit wir uns sie überhaupt anschauen oder an uns heranlassen, ist die Frage. Das halte ich nicht für notwendig. Da mal einen anderen Ansatz zu wählen und zu sagen, wir machen etwas, was auffällt und über das die Leute sprechen, ist genau das Richtige. Das ist wirklich unterstützenswert.

Marc Lürbke (FDP): Herr Vorsitzender! Ich schließe mich dem an. Ich finde es auch gut. Es ist sicherlich nicht ganz einfach, da einen Zugang zu finden. Aber wenn das Ganze für Kommentare sorgt und man darüber spricht, finde ich es gut. Ich finde es qualitativ wirklich gut gemacht. Wir haben uns hier im Innenausschuss auch schon mal mit anderen Videos beschäftigt. Diejenigen, die schon länger dabei sind, können sich vielleicht noch an rappende Polizeibeamte ...

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das war mein Humor!)

– Ja? Das war meiner nicht: „... Du bist ab sofort ein Cop. Hey Torben, go Torben ...“
Wer das auf YouTube nicht kennt, kann das mal googeln.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ich habe es verstanden!)

Dann haben wir ja jetzt eine Abgrenzung gefunden, wodurch wir uns unterscheiden. Da finde ich das eigentlich schon ganz gut gelöst.

Minister Herbert Reul (IM): Ich bin, war und bleibe skeptisch und kritisch, ob das richtig oder falsch ist. Aber wir müssen es versuchen. Wir können denen nicht einfach das Netz überlassen. Der Zugang kann nur über den Witz gehen, sonst wird das Ding gar nicht eingeschaltet. Er müsste eigentlich sogar extrem witzig, satirisch sein. Da haben wir selbst gemerkt: Da wird es kritisch, da kommen wir in Schwierigkeiten. Wir sind uns gar nicht sicher, ob der Witz so stark ist, dass er reicht, damit die gucken. Dann geht es eben nicht. Noch weiter können wir nicht gehen. Dann kommen wir in eine Sphäre, die nicht akzeptabel ist.

Soweit ich das mitbekommen habe, ist die Firma genommen worden, weil man Profis braucht, die so was können, die Satire können, die solche Spots drehen. Nur deshalb.

MDgt Burkhard Freier (IM): Wir haben acht Angebote eingeholt und das aus unserer Sicht beste genommen. Das war dieses hier. Wir haben vorher vier Filme als Pilot von der Firma gehabt und den Jugendlichen auf der letzten Gamescom vorgestellt. Denen hat es gefallen. Deswegen haben wir die Firma genommen. Wir haben es getestet, wenn man so will.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir kommen jetzt zum letzten Teil, der Demonstration am 8. September in Mönchengladbach. Gibt es über den schriftlichen Bericht hinaus Fragen? – Frau Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Ein paar Fragen sind schon durch die Diskussion über den Verfassungsschutzbericht beantwortet worden. Ich möchte eine ganz kurze Anmerkung machen. Ich war irritiert, weil ich im Nachgang gesehen habe, dass schon am Montag ein Artikel aus der „Welt“ im Pressespiegel auftauchte. Das fand ich einfach merkwürdig. Das ist sonst nicht der Fall. Darin wird Bezug auf eine aktuelle Vorlage aus dem Ausschuss genommen. So habe ich das verstanden. Wenn Sie auch irritiert sind, ist das umso besser.

Minister Herbert Reul (IM): Das bin ich fast jedes Mal vor dem Ausschuss, aber ich habe gelernt: Alles, was wir schriftlich rausgeben, wird ins Netz gestellt. Dann gibt es Journalisten, die sich das rausziehen. Das ist immer vorher. Bei mündlichen Berichten ist das nicht so. Deswegen bin ich manchmal daran interessiert, einen mündlichen Bericht zu geben, damit ich Ihnen mal was Neues erzähle. Immer, wenn ich es schriftlich mache, können Sie davon ausgehen, dass das eigentlich durch ist.

Verena Schäffer (GRÜNE): Gut. – Ich möchte noch ein paar inhaltliche Nachfragen zu dem Bericht stellen. Danke für den ausführlichen Bericht. Ich finde den sehr, sehr gut. Es ist wichtig, einen Blick auf diese Szenen zu werfen. Wir merken gerade in den letzten Monaten, dass sich das ein Stück weit ausbreitet: Düsseldorf, Mönchengladbach, Herne, Essen-Steele usw.

Ich glaube, dass man diese Mischung der verschiedenen Gruppierungen Hooligans, Rocker und Rechtsextreme wirklich noch mal in den Blick nehmen muss. Ich würde gern noch ein paar vertiefende Nachfragen stellen.

Die erste Frage dreht sich um die „Steeler Jungs“ bzw. um Essen. Sie schreiben, dass es jetzt auch in anderen Stadtteilen solche Gruppierungen gibt, die „Huttroper Jungs“ und die „Borbecker Jungs“. Sind das eigene Personenkreise oder ist das in Personalunion der Fall, also überlappen die sich mit den „Steeler Jungs“, die in anderen Stadtteilen auftreten oder sind es neue Gruppierungen?

Hier steht, dass sie durch einheitliche Bekleidung auffallen. Wir haben in unserer gestrigen Besprechung über die „Scharia-Polizei“ und das Urteil vor dem Landgericht in Wuppertal von Ende Mai 2019 gesprochen. Wie bewerten Sie diese einheitliche Bekleidung rechtlich? Stichwort Uniformierungsverbot. Die Bekleidung ist ja ganz eindeutig darauf angelegt, Personen einzuschüchtern und zu bedrohen. Das ist sozusagen das Ziel dieser Aufmärsche und Spaziergänge, wie sie das nennen. Deshalb finde ich es spannend, wie Sie das vor dem Hintergrund des Urteils zur „Scharia-Polizei“ rechtlich bewerten.

Auf Seite 6 hatten wir gefragt, welche Straftaten die Personen aus diesen Gruppierungen begangen haben. Sie haben gesagt, dass einzelne Führungspersonen in der Vergangenheit allgemein- und kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten seien. Was waren das für Straftaten? Sie müssen nicht die einzelnen Straftaten auflisten. Waren das eher Gewaltdelikte? Ich möchte einen Eindruck davon bekommen, wie sie in Erscheinung getreten sind.

Eines hat mich zu diesem „Begleitschutz e. V./Internationale Kölsche Mitte“ sehr irritiert. Sie haben geschrieben, dass der Verein gegen Honorar einen einfachen Personenschutz durch Begleitung bzw. Präsenz anbietet. Ist das Propaganda oder nimmt das jemand wahr? Was sind das für Personen? Aus welchem Spektrum kommen die Personen, die das machen? Dieses komische Angebot ist ja schon ziemlich kurios.

Eine letzte Frage habe ich zur Demonstration am 8. September in Mönchengladbach. Wir hatten nach den Auflagen gefragt, die Sie dankenswerterweise gedruckt haben. Uns ist aufgefallen, dass es keine Auflagen zu Parolen gibt. Wir hatten das vor der Europawahl zu den Demonstrationen zur Partei Die Rechte diskutiert. Ich erinnere mich, in Duisburg sind in den Auflagen bestimmte Parolen verboten worden. Dazu gehörten auch antisemitistische Parolen. Wir haben uns gefragt, warum die Polizei in Mönchengladbach das nicht gemacht hat. Eigentlich geht die Frage an den Verfassungsschutz. Ich würde davon ausgehen, dass sich die Polizeibehörden insoweit austauschen, dass man solche Auflagen übernimmt. Das ist im Mai zwischen Duisburg, Dortmund und anderen ja auch geschehen. Warum taucht das in Mönchengladbach überhaupt nicht auf?

Helmut Seifen (AfD): Ich komme vor allen Dingen zu Frage 6: Welche Verbindungen der oben genannten Gruppierungen bestehen zur AfD? – Die Frage ist von den Grünen gestellt worden. Die Antwort suggeriert – auch wenn Sie es nicht so gemeint haben, das will ich Ihnen gern zugestehen –, dass es da Verbindungen gibt. Es gibt keine

Verbindungen zu diesen Gruppen. Das sage ich jetzt hier ganz deutlich. Ich persönlich kannte einzelne Gruppen überhaupt nicht. Ich möchte hier monieren, die Darstellung könnte suggerieren, dass es eine Verbindung gibt.

Ich möchte monieren, dass es da Veranstaltungen gibt, die offensichtlich von der Mischszene dominiert sind, wie Sie das bezeichnen. Möglicherweise wurde auch von irgendeiner Gruppierung eine Veranstaltung geplant und durchgeführt. Wer alles teilnimmt kann man nicht beeinflussen. Sie wissen, dass wir auf unsere Mitglieder einwirken, da sehr zurückhaltend zu sein. Aber wir können die Mitglieder der Partei AfD nicht anketten. Das ist nicht möglich. Das sind freie Bürger, die können da mitmarschieren. Das hat mit der AfD eigentlich gar nichts zu tun.

Ich hätte es gerne gehabt, dass Sie einfach fragen, wenn Sie sagen, der Landesregierung ist nicht bekannt, ob es Absprachen mit der AfD gab.

(Zuruf)

– Hier steht, es gab eine Veranstaltung in Mönchengladbach vom 06.02. Die Gruppierung „Mönchengladbach steht auf“ hat sich da auch irgendwie auf die Straße gestellt. Fragen Sie einfach, ob es da Absprachen gab. Meiner Kenntnis nach gab es keine Absprachen.

Die Ereignisse am Hambacher Forst waren ja sehr dramatisch, hochgefährlich. Nach meiner Kenntnis – aber das ist nur das, was man mir zugetragen hat – gab es im Umfeld dieser gesamten Aktion auch Mitglieder der grünen Partei, die dort zumindest vorhanden waren – natürlich nicht an diesen Gewaltaktionen beteiligt. Frage: Würden Sie eine ähnliche Antwort geben, wenn ich fragen würde: Welche Verbindungen der oben genannten Gewalttäter vom Hambacher Forst gibt es zu den Grünen?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Seifen, ich antworte jetzt ganz kurz als Vorsitzender des Innenausschusses. Die Fragen, die hier gestellt werden, bewerten wir als Innenausschuss gar nicht, sondern sie werden von Fraktionen gestellt und richten sich an die Landesregierung. Die Frage von Frau Schäffer richtet sich in dem konkreten Fall an die Landesregierung. Die Landesregierung kann natürlich nur nach ihrer Informationslage antworten. So ist das hier im Innenausschuss. Das will ich nur dazu mitteilen. – Jetzt gebe ich das Wort zunächst an den Innenminister und lasse dann Herrn Kayser antworten.

Minister Herbert Reul (IM): Ich fange mit zwei kleinen Punkten an, die nicht uninteressant sind. Ich meine den Hinweis mit der Uniform und der „Scharia-Polizei“. Das ist ein sehr berechtigter Hinweis. Das Problem ist nur, dass dieses uniforme Tragen, also gleiche Kleidung zu tragen, im Einzelfall offensichtlich nicht ganz einfach zu beantworten ist. Wie verhalten wir uns zum Beispiel im Hambacher Forst, wenn die alle mit diesen weißen Hemden oder Anzügen rumlaufen? Es ist rechtlich nicht ganz einfach, höre ich, die Abgrenzung vorzunehmen, obwohl es sehr hilfreich wäre, wenn man sie hätte. Da bin ich voll bei Ihnen. Das würde uns das Leben sehr viel leichter machen, wenn wir bei diesen Steeler Burschen sagen würden: Pass mal auf, die Kleidung ist eine Uniform und verbreitet auch Angst und Schrecken oder so etwas. – Da tun wir

uns schwer, weil wir nicht wissen, wie es am Ende rechtlich ausgeht. Das war in Wuppertal leichter. Da war es eine überschaubare kleine Gruppe. Das ist ein dummes Argument, das gebe ich zu. Aber genauso war es.

Auflagen: Das nehme ich gerne noch mal mit. Ich finde, Sie haben total recht. Wir müssen vielleicht noch sorgfältiger bei der Auflage auch für Schriften und Sprüche sein. Aber es ist manchmal schwer. Sie können ja keine zehn Seiten Text schreiben. Ich habe irgendwo gelesen – das ist jetzt sehr dahingebabbelt, muss ich sagen –, dass bei einer solchen Veranstaltung mal der Veranstalter die Auflage bekommen hat: Alle Bilder, Texte und Darstellungen, die die Würde des Menschen verletzen, gehen nicht. – Wenn das am Ende für Juristen handhabbar wäre, dann wäre das möglicherweise ein Aufhänger. Aber mit Ihrem Hinweis, dass wir noch sorgfältiger draufgucken und nicht nur technische, sondern auch inhaltliche Vorgaben machen müssen, bin ich sehr einverstanden.

Jetzt kommen wir dazu, was das eigentliche Problem dabei ist. Was sich jetzt darstellt und mir richtig Sorgen macht, ist, dass es nicht mehr einzelne Veranstaltungen sind, bei denen mal 20, 50 oder 100 Personen unterwegs sind, sondern dass die sich jetzt zusammentun und es so einen Misch gibt. Das ist nicht nur ein Misch aus „Herner Jungs“ und „Steeler Jungs“. Dann würde ich sagen, okay, dann sind es statt 50 eben 100. Dazu kommt der Randbereich, über den wir eben geredet haben. Hooligans machen plötzlich eine Menge aus. Genau an der Stelle müssen wir höllisch aufpassen, damit sich da nichts entwickelt. Da sind wir in höchster Alarmstufe, zumindest in dem, was wir beobachten, damit sich da nichts entwickelt. So ein Vorgang ist ja nicht neu, dass das eskaliert.

Ein Hinweis zu den Mitgliedern: Man kann sehr einfach argumentieren und sagen: Ich kann nicht sicherstellen, ob ein Mitglied meiner Partei da mitläuft oder nicht. – Verboten kann man das sowieso nicht. Wenn wir einem vorwerfen, dass ein grünes Mitglied bei einer Demonstration im Hambacher Forst war und die anderen sagen, es war ein AfD-Mitglied in Mönchengladbach, dann teile ich die Auffassung, dass beides nicht gut ist. Wie man damit umgeht und wie man das verhindert, ist ein ganz anderes Problem. Das ist viel schwieriger, weil Sie dem grünen Mitglied XYZ nicht verbieten können, in den Hambacher Forst zu gehen, und Sie auch dem AfD-Mitglied die Teilnahme in Mönchengladbach nicht verbieten können, es sei denn, es ist eine verbotene Veranstaltung. Das ist ja klar, solange es eine Versammlung ist, die nach Recht und Gesetz usw. durchgeführt wird. Wenn wir alle kapierten würden, dass beides falsch ist und wir uns in beiden Organisationen so verhalten würden, dann wären wir einen Kilometer weiter. Das ist auch die Wahrheit. Das findet nicht so statt wie es stattfinden müsste. Das entgrenzt. Genau da ist das Problem.

Ich bin im Moment deshalb so beunruhigt und das ist auch keine einseitige Teilnahme: In dem rechten Raum entwickelt sich da leider was, und zwar mit einer Intensität, die größte Sorgen begründet. Genau deshalb haben wir sowohl im Verfassungsschutzbericht als auch in den letzten Wochen viel, viel mehr Augenmerk darauf gelenkt. Diese ganze Hambacher-Kiste und Linksextremisten-Kiste ist sehr auf den einen Ort konzentriert – mit der viel höheren Gewalttätigkeit. Das ist die andere Seite. Aber sie ist Gott sei Dank „nur“ an einer Stelle. Das hat auch Vorteile.

LKD Jürgen Kayser (IM): Herr Minister! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich will auf zwei Fragen der Abgeordneten Schäffer eingehen. Noch eine kurze Ergänzung zum Thema „Auflagen“: Generell kann man natürlich sagen, dass all das, was ohnehin im Strafgesetzbuch als strafbewehrt vorgegeben ist, nicht noch mal extra in einer Auflage deklariert werden muss, also dass man sich nicht verummnen oder strafrechtlich relevante Parolen im Rahmen einer Demonstration äußern darf. Dass in der Vergangenheit mitunter dennoch einzelne Parolen möglicherweise Gegenstand von Auflagen geworden sind, hat natürlich auch damit zu tun, dass wir bei einzelnen Parolen wie zum Beispiel „Wer Deutschland liebt ist Antisemit“ zum Teil nicht ganz klare rechtliche Bewertungen hatten. Das wissen Sie. Um das noch mal klarzustellen, war das dann Gegenstand von Auflagen. Aber grundsätzlich gilt natürlich, dass all das, was strafbewehrt ist, auch im Rahmen einer Demonstration nicht erlaubt ist und deswegen auch nicht grundsätzlich Gegenstand einer Auflage sein muss.

Sie hatten nach polizeilichen Erkenntnissen zu begangenen Straftaten gefragt. Die Frage war recht allgemein formuliert und betraf führende Personen aus den oben genannten Gruppierungen. Da wir hier von Mischszenen reden, sind auch die Personen, von denen wir hier reden, sehr unterschiedlich. Insofern sind die begangenen Straftaten eine Mischung des Strafgesetzbuches. Das reicht von Beförderungserschleichung über Vermögensdelikte und Beleidigungen bis hin zu Körperverletzungs- und Gewaltdelikten sowie Delikten, die eindeutig dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität zugerechnet werden können – wie die Verwendung von Kennzeichen. Überwiegend sind es Delikte, die den nicht politisch motivierten Straftaten zugerechnet werden. Deswegen haben wir es so formuliert. Bei dem Begriff Mischszene und der Tatsache, dass sich darunter auch Hooligans verbergen, ist es nicht verwunderlich, dass es zum Teil Körperverletzungsdelikte sind, die nicht politisch motiviert sein müssen.

MDgt Burkhard Freier (IM): Bei den „Huttroper Jungs“ und „Borbecker Jungs“ gibt es eine Überlappung mit den „Steeler Jungs“. Das ist nicht hundertprozentig identisch, aber es gibt Überlappungen, weil die Szene ihre Personen ohnehin immer wieder austauscht. Die unterstützen sich also gegenseitig.

Begleitschutz Köln: Dieser Begleitschutz wird ja von Personen angeboten, die ohnehin so etwas kennen, wie Türsteherszene und Hooliganszene. Wir gehen davon aus, dass solche Angebote auch angenommen werden, allerdings nicht von der bürgerlichen Gesellschaft, sondern das ist natürlich auch ein bisschen Provokation.

Helmut Seifen (AfD): Mir sind die Verfahrensweisen in Ausschüssen durchaus bekannt. Aber Sie müssen erlauben, dass zu dem Bericht der Landesregierung natürlich schon von Personen Stellung genommen wird, die genannt werden, bzw. deren Parteiangehörige genannt werden.

Ich habe die Frage 6 sehr gut gelesen: Welche Verbindungen der oben genannten Gruppierungen bestehen zur AfD? – Dazu hätte ich mir nur ein Wort gewünscht: Keine. – Dann hätte man das spezifizieren können. Das ist in Ordnung. Aber zur AfD bestehen keine Verbindungen. Punkt.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit können wir die Sitzung schließen.

Ich darf Ihnen allen recht herzlich danken, dass Sie diese Sitzung zur Aussprache zum Verfassungsschutzbericht so intensiv geführt haben. Ich danke allen Beteiligten für den Verfassungsschutzbericht und für die Tätigkeit. Das ist eben schon mehrmals erwähnt worden. Ich danke auch allen Beteiligten, dass wir so zeitnah und so ausführlich über den Verfassungsschutzbericht sprechen konnten, und zwar nicht unter Druck innerhalb einer Sitzung, sondern in einer gesonderten Sitzung. Das zeigt noch mal die Besonderheit. Ich glaube, dass wir das im nächsten Jahr genauso fortsetzen sollten.

Ich schließe die Sitzung.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

08.10.2019/10.10.2019

73